

Es gilt das gesprochene Wort!

Hat das Ehrenamt eine Zukunft im Betreuungsrecht?

Vortrag zum 10. Jubiläum des Fachtages Querschnittsarbeit. Veranstaltet vom KVJS, der SkF Diözesanverein Freiburg, der SKM Diözesanverein Freiburg, die Interessengemeinschaft der Betreuungsvereine in Baden-Württemberg und die Diakonie (Evangelischer Landesverband für das Betreuungswesen in Württemberg e.V.)

Am 15. Juli 2015 um 10.30 Uhr im GENO-Haus Stuttgart, Heilbronner Straße 41

Von Heribert Prantl

Lassen Sie mich, gleich eingangs, gleich vorweg, ohne lange Darlegungen, ohne Herumtun, die Frage im Titel unserer Veranstaltung ganz klar beantworten. Hat das Ehrenamt eine Zukunft im Betreuungsrecht? Ja, das Ehrenamt hat Zukunft. Das Ehrenamt ist kein Auslaufmodell. Das Ehrenamt ist ein Zukunftsmodell für die rechtliche Betreuung. Das soll so sein, dass muss so sein, das ist so.

Das ist nicht nur deshalb so, weil eine rechtliche Betreuung nur durch die Profis, nur durch die Berufsbetreuer, gar nicht finanzierbar wäre. Das Ehrenamt hat deswegen eine Zukunft, es soll, es muss eine Zukunft haben, weil sonst die Gesellschaft keine gute Zukunft hätte. Eine Gesellschaft ohne Verantwortung füreinander wäre kalt und arm, bei allem finanziellen Reichtum den es gibt. Solidarität vertreibt Kälte. Solidarität aber wird nicht allein von den Profis produziert, das funktioniert nicht. Solidarität mit und für die Menschen, die sich in ihrem Leben nicht mehr zurecht finden, entsteht im Miteinander von freiwilligen und beruflichen Betreuern.

Wenn Menschen sich nicht mehr zurecht finden in ihrem Leben, weil sie alt oder psychisch krank sind; weil sie dement sind und vieles vergessen; weil sie

nach einem Unfall im Koma liegen und nicht mehr ansprechbar oder weil sie geistig behindert sind – dann brauchen sie Hilfe; sie brauchen Hilfe, die nicht bevormundet, sie brauchen Hilfe, die nicht entmündigt, sie brauchen Hilfe, die ihre Würde achtet.

Hilfe brauchen auch die Ehrenamtlichen, um qualifiziert helfen zu können. Sie brauchen Anerkennung, Wertschätzung und Einführungsschulungen, sie brauchen qualifizierte Begleitung, sie müssen wissen, wo sie Rat finden können. Die geburtenstarken Jahrgänge kommen in den nächsten zehn bis zwölf Jahren ins EA-Alter, in das Alter also, das, nach dem aktiven Berufsleben, nach Eintritt in Rente oder Pension, für das Ehrenamt besonders geeignet ist. Das könnte dem Ehrenamt in der rechtlichen Betreuung einen neuen Schub geben – wenn die Betreuungsvereine beim Anschieben helfen. Die Betreuungsvereine sind ungeheuer wichtig. Sie sind die Scharniere zwischen ehrenamtlicher und beruflicher Betreuung, sie sollen ein Betreuungsrecht-Kompetenzzentrum sein. In den Betreuungsvereinen müssen auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Platz haben, weil sich die rechtliche Betreuung mehr und mehr auf Menschen, auf Betreute, mit Zuwanderungsgeschichte einstellen müssen.

Ob ehrenamtlicher oder beruflicher Betreuer – es muss jeder Betreuer ein qualifizierter Betreuer sein, einer der in der Lage ist, die Betreuung optimal zu führen. Es ist nicht automatisch so, dass der Betreute mit einem ehrenamtlichen oder einem beruflichen Betreuer besser fährt – das kommt darauf an. Der Ehrenamtliche hat womöglich weniger Fachwissen, dafür aber ist er besonders zugewandt und hat mehr Zeit; der berufliche Betreuer ist womöglich gut ausgebildet und gut vernetzt, ist aber, um finanziell über die Runden zu kommen, mit mindestens 45 Fällen eingedeckt und zugedeckt, was dazu führt, dass für jeden Betreuten nur wenige Stunden pro Monat herauspringen. Es sollte keine Konkurrenz von ehrenamtlichen und hauptberuflichen Betreuern geben – richtig wäre, richtig ist eine Betreuungsallianz, eine Allianz aus Gericht, Betreuungsbehörde, Betreuungsvereine, ehrenamtlichen und hauptberuflichen Betreuern.

Das war nun sozusagen die Präambel, der Vorspruch zu meinem Vortrag, das war die Einleitung. Nun zum eigentlichen Vortrag.

Es ist Wundersames, es ist Ungeheuerliches geschehen: In nur einem Jahrhundert haben die Menschen zwanzig Jahre an Lebenszeit gewonnen. Die Lebenszeiten haben sich den Jahreszeiten angenähert. Früher bestand ein Leben aus Frühling, Sommer und Winter, also aus Kindheit, Arbeit und Sterben. Mit den geschenkten Jahren ist nun ein langer Herbst dazu gekommen – noch eher öde für viele, schon golden für manche. Das große und lange Altern ist so neu, dass die Menschen es noch gründlich lernen müssen.

Wenn sie es gut lernen, wird das die Gesellschaft grundlegend verändern. Es wird die Gesellschaft menschlicher machen, weil die älteren Menschen Zeit haben – Zeit für die Dinge, für die die Jungen keine Zeit haben. Es wird die Gesellschaft klüger machen, weil die älteren Menschen Erfahrung haben – Erfahrungen, die die Jungen noch nicht haben. Der lange Herbst wird die Gesellschaft sozialer machen, wenn die geschenkten Jahre nicht nur Freizeit, sondern auch eine soziale Zeit sein werden.

Das Altern der Gesellschaft wird also, wenn es ihr gelingt, das Altern zu lernen, ein Glücksfall sein – für die Jungen, aber vor allem für die sehr Alten. Es wird nämlich, wenn es gut geht, einen neuen Gesellschaftsvertrag geben: Die Menschen in der dritten Lebenszeit, die die Erziehung ihrer Kinder hinter sich haben, werden sich um die Menschen in der vierten Lebenszeit, also um die ganz Alten, kümmern. Es wird einen neuen kategorischen Imperativ, einen gerontologischen Imperativ geben: Pflege die sehr Alten so, wie Du selbst in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren gepflegt werden willst! Das ist, wenn Sie wollen, der Imperativ für das Ehrenamt.

Eine Vision? Ja, aber eine Gesellschaft ohne Vision geht zugrunde. Ich habe die Vision, dass Betreuung in dieser Gesellschaft eine ganz andere, größere,

bedeutendere, viel wichtigere Rolle spielt als sie die heute hat. Ich habe die Vision, dass Betreuung eine neue Wertschätzung erfährt, die sich auch in den Geldbeträgen zum Ausdruck kommt, die für Betreuung aufgewendet werden. Gute Betreuung gibt es nicht umsonst, auch wenn ehrenamtliche Helfer viel leisten können. Aber das Ehrenamt ist kein Ersatz für den Sozialstaat. Ehrenamtliche Hilfe ist die Kür, der Sozialstaat ist Pflicht. Und der Sozialstaat kann sich nicht, unter Verweis auf die Zivilgesellschaft, aus seinen Verpflichtungen hinausschleichen.

Untersuchungen haben ergeben, dass ein Drittel der Menschen sich freiwillig engagiert. Ein Drittel möchte dies derzeit nicht. Das dritte Drittel würde gern, weiß aber nicht wie und wo und möchte angesprochen werden. Die meisten Menschen möchten neben der Arbeitszeit eine freie Zeit haben, aber eine soziale Zeit, eine Zeit, in der sie Bedeutung für andere haben. Es geht darum, diese Menschen anzusprechen. Das ist vor allem eine Aufgabe der Betreuungsvereine.

Dann werden mehr Menschen bereit sein, ehrenamtliche Betreuungen zu führen. Dreißig Prozent der 108 000 rechtlichen Betreuungen in Baden-Württemberg werden derzeit von beruflichen Betreuern geführt, siebenzig Prozent werden ehrenamtlich geführt; der Anteil der Berufsbetreuer steigt, das ist meines Wissens in fast allen Bundesländern so. Die Abnahme des Anteils der ehrenamtlichen Betreuungen hat vor allem damit zu tun, dass die absolute Zahl der Betreuungen steigt – die Bereitschaft der Menschen, ehrenamtliche Betreuungen zu führen, aber im Großen und Ganzen gleich geblieben ist. Diese Bereitschaft kann man wecken, fördern, befruchten.

Bürger, die anderen helfen können, leben länger und sind glücklicher – das ist eine aufregende empirische Erkenntnis. Bürger, die anderen helfen können, leben länger und sind glücklich: Wenn das stimmt, dann geht es ehrenamtlichen Betreuern besonders gut, weil sie sich umfassend und nachhaltig um Menschen kümmern, die Hilfe brauchen. Ich träume davon,

dass immer mehr Herbst-Menschen, also die Menschen in der dritten Lebenszeit, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden aber noch sehr fit sind, sich für die ihnen geschenkten Jahre dankbar zeigen, indem sie sich um die Winter-Menschen kümmern, um die Menschen in der vierten Lebenszeit.

Die nicht ganz Alten werden also, wenn es ganz gut geht, die Wahlverwandten der ganz Alten werden. Es werden, so wünsche ich es mir, im ganzen Land Nachbarschaftsvereine und Wohnpflegegruppen gegründet, in denen sich eine neue Kultur der Hilfe bewährt. Und die Menschen im dritten Lebensalter werden glücklicher sein als heute, weil sie spüren, dass sie gebraucht werden – und auch noch ganz andere Dinge planen können als ihre nächste Kreuzfahrt.

Das sind die Träume, die ich so habe, wenn ich jeden Sonntag meine alte Mutter, sie wird demnächst neunzig, im Alten- und Pflegeheim zu Oberhaching (das ist ein paar Hundert Meter von meiner Wohnung entfernt) besuche und ich mit ihr dann, wie sie es ihr Leben lang gewohnt war, in den Gottesdienst gehe und mit ihr die alten Lieder singe. Ich bin ihr ehrenamtlicher Betreuer – und es gibt so viele solcher Betreuer wie mich, Söhne, Töchter, nahe Verwandte.

Eltern und Kinder sind einander Beistand und Rücksicht schuldig – und diese rechtliche Regelung ist nicht auf minderjährige Kinder beschränkt; es ist dies eine Verpflichtung, die lebenslang gilt und die sich zunächst einseitig an die Eltern wendet, wenn die Kinder klein sind. Wenn die Kinder heranwachsen, erfasst sie auch die Kinder – und kann sich später einseitig nur an die Kinder alter, gebrechlicher oder kranker Eltern wenden. Isabell Götz, die Vorsitzende des Familiengerichtstags, hat das schön formuliert: Die Sorge für Kinder sei sicher die leichtere Aufgabe, „denn jeder, der sein Kind nachts schon einmal durch die Wohnung getragen hat, konnte sich mit dem Gedanken trösten, dass der Mund irgendwann voller Zähne sein wird und der Schmerz aufhört – eine Gewissheit, die bei hilfsbedürftigen erwachsenen Menschen in aller Regel fehlt.“

Angehörige haben meist einen leichteren Zugang zum Betreuten, sie kennen seine Biografie, sie kennen die tatsächlichen Verhältnisse und deren Entwicklung. Manchmal freilich, so sagte es Alex Bernhard vom Diakonischen Betreuungsverein Reutlingen auf dem 13. Betreuungsgerichtstag in Erkner, verstellen innerfamiliäre Sichtweisen den Blick für nahe liegende Lösungen. Und: Die Handlungsmotive seien manchmal nicht ganz uneigennützig.

Wenn es gut geht, dann stecken in den familienangehörigen Betreuern (wie ich einer bin) potentielle ehrenamtliche Betreuer auch für andere Menschen, für Nicht-Angehörige. Gut ausgebildete und gut begleitete Familienangehörige wären/sind wohl auch sehr gute zukünftige ehrenamtliche Fremdbetreuer. Barbara Dannhäuser hat dazu auf dem 13. Betreuungsgerichtstag gesagt: „Der Satz ‚das mache ich nie wieder‘ muss eigentlich alle Beteiligten im Betreuungswesen beschämen. Das Gegenteil sollte erreicht werden: „Das ist eine spannende Aufgabe – das mache ich gerne auch für andere“. So sollte es sein.

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich darin, wie unsere Gesellschaft mit den hilfebedürftigen, mit den alten und sehr alten Menschen umgeht, die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet. Ich glaube nämlich, dass unsere Gesellschaft etwas sehr Wichtiges lernen muss – und dass die Betreuer zu den Lehrern gehören. Was muss die Gesellschaft lernen? Sie muss lernen, dass der hilfebedürftige, dass der sehr alte und auch der demente Mensch ein Mensch ist, auch wenn er nicht mehr vernünftig ist. Er ist ein Mensch mit Demenz und mit Leib und Seele, Sinnlichkeit, Kreativität und Emotion. Die Kunst, ich sage bewusst die Kunst, besteht darin, demente Menschen nicht mit Kleinkindern zu vergleichen und wie Kleinkinder zu behandeln, sondern sie als Erwachsene weiter ernst zu nehmen – auch wenn sie vieles nicht mehr können, vieles nicht mehr bewältigen.

Ein solcher ernsthafter, menschenwürdiger Umgang mit den sehr alten, sehr dementen, sehr hilfebedürftigen Menschen wird nicht nur den Alten gut tun, sondern auch den Kindern. Es wird die Kindheit der Kinder verändern, wenn sie in einer Gesellschaft aufwachsen, die ein anderes Bild vom Menschen entwickelt: Das Menschsein wird dann nicht am Lineal von Ökonomie und Leistungsfähigkeit gemessen. Hilfebedürftigkeit ist dann keine Störung, die behoben werden muss, sondern gehört zum Mensch-Sein.

Das ist meine Vision. Das ist meine Vorstellung von der Zukunft des Sozialstaats. Und ich meine, dass Betreuer, in dieser Vorstellung von der Zukunft des Sozialstaats eine ganz wichtige Rolle spielen.

Vor 27 Jahren habe ich, damals war ich bayerischer Richter, die Justiz verlassen, bin aus meinem Amtszimmer im Landgericht Regensburg ausgezogen und Journalist geworden. An einen meiner letzten Fälle erinnere ich mich noch heute gut. Ich war Richter in der Beschwerdekammer, Freiwillige Gerichtsbarkeit, hatte den Fall einer alten Dame zu beurteilen, die ihr Schwiegersohn, ein bekannter Regensburger Rechtsanwalt, unbedingt entmündigen lassen wollte. Die Dame hatte einiges Vermögen – und ihr Altersvergnügen bestand darin, den einen oder anderen alten und aufgelassenen Bahnhof zu kaufen, weil ihr das ein gutes Schnäppchen zu sein schien. Der Schwiegersohn hielt das für einen gewaltigen Unsinn, für Verschwendung ... die Bahnhofsliebhabelei war für ihn ein Beleg für die Verwirrung der alten Dame. Nun, ich sah das ein wenig anders.

Kurz darauf habe ich meinen ersten Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung geschrieben. Dieser Leitartikel handelte von den alten und dementen Menschen, er handelte von der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft mit ihnen umgeht und wie sie mit ihnen umgehen sollte, er trug die Überschrift „Betreuen statt entmündigen“ – und er begann so: „Noch immer gibt es archaisches Recht in der Bundesrepublik Deutschland. Da sind Menschen, die ein Leben in Pflichterfüllung gelebt haben. Und dann schließen wir sie aus: Sie

dürfen nicht mehr wählen. Sie dürfen nicht mehr heiraten. Das Testament, das sie schreiben, ist unbesehen ungültig. Nicht einmal über Taschengeld lassen wir sie verfügen; denn das Gesetz macht selbst den Kauf von Kaffee und Kuchen unwirksam. Wir murmeln ‚altersschwach‘ oder ‚ausgeklinkt‘ und ziehen diese Menschen aus dem Verkehr, lösen ihre Wohnungen auf, verfrachten sie in Heime. Gar nicht selten bleiben sie so am Leben: am Fuß angebunden bei Tag, im Bett festgeschnallt bei Nacht. Am Türschild steht dann ‚Psychiatrie‘ und in den juristischen Lehrbüchern, ‚rechtliche Grauzone‘. Das Unglück solcher Menschen aber inserieren wir als amtliche Bekanntmachung in der Zeitung: ‚NN, geb. am, wegen Trunksucht auf seine Kosten entmündigt.‘

8. April 1988

Das Amtsgericht.

Die Rede ist vom geltenden Vormundschaftsrecht.“

So habe ich damals, es war vier Jahre bevor das neue Betreuungsrecht in Kraft trat, das alte Entmündigungs- und Vormundschaftsrecht beschrieben. Ich erinnere mich daran, wie mein akademischer Lehrer Dieter Schwab, Professor für Familienrecht an der Universität in Regensburg und Herausgeber der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, von dieser Reform des Vormundschaftsrechts begeistert war. Er war so begeistert, dass mich sein Enthusiasmus angesteckt hat. Ich habe den Gesetzentwurf für das neue Recht gelesen wie die Programm-Schrift für eine neue Zeit.

Das sind, so dachte ich mir, die Thesen für einen neuen Sozialstaat. Und ich halte das Betreuungsgesetz immer noch, 23 Jahre nach seinem Inkrafttreten, für eine der größten legislativen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. „Betreuen statt entmündigen“ - das war und ist ein gutes Motto für Hunderttausende, für Millionen von Menschen. Das neue Recht vom 1. Januar

1992 wollte die rechtliche Geringschätzung der Menschen beenden, es wollte und will persönliche Betreuung an die Stelle anonymer Verwaltung und Verwahrung setzen. Das Betreuungsrecht hat das alte Vormundschaftsrecht abgelöst, die Entmündigung abgeschafft und es dem Richter aufgegeben, für die spezifische Erkrankung eine individuelle Betreuungslösung zu finden. Es sollte ein Leuchtturm-Gesetz sein – und der Leuchtturm sollte den Weg nicht zum Vorfriedhof, sondern zu einem würdigen Leben im Alter weisen.

Das Betreuungsgesetz war das richtige Signal zur richtigen Zeit, aber die Zeit hat es nicht begriffen.

Das Betreuungsgesetz war ein Gesetz, das rechtzeitig die Probleme erkannte, die auf die Gesellschaft zukommen. Aber: Es wurde und wird totgespart.

Selten ist ein Gesetz so hymnisch gelobt worden – und selten ist ein gutes Gesetz – so habe ich das in meiner Zeitung zum zwanzigsten Jubiläum des Gesetzes formuliert - so „grandios gescheitert“. Ich hoffe eigentlich nicht, dass es wirklich gescheitert ist; aber es ist einfach noch unglaublich viel zu tun, um den Buchstaben und den Geist dieses Gesetzes zu erfüllen. Es geht darum, eine unvollständige und unvollendete Reform zu einem guten Ende zu führen. Das Gesetz war und ist vielleicht auch zu justiz-zentriert; es stellte und stellt die rechtliche über die persönliche Betreuung; es krankt wohl daran, dass es alte, verwirrte und psychisch kranke Menschen mit Paragraphen streicheln will; das alles wäre ziemlich leicht korrigierbar. Vor allem ist es so: Ein gutes, ein sehr gutes Gesetz darf nicht kaputtgespart werden.

Das Gesetz war und ist der Politik zu teuer. Es fordert zwar bestmögliche Betreuung; die Betreuer und die „Betreuungsvereine“, die diese Betreuung unter anderem leisten sollen, werden aber nur unzureichend alimentiert. So hat sich der Geist des Gesetzes nicht entfalten können, sondern siecht selbst dahin. Das Wort „Vormundschaft“ ist zwar aus der aktuellen juristischen Sprache verschwunden: Seit dem 1. September 2009 heißen nun auch die Vormundschaftsgerichte nicht mehr Vormundschaftsgerichte, sondern

Betreuungsgerichte. Aber mit der Änderung des Wortes hat sich an den faktischen Zuständen viel zu wenig geändert.

Früher hatten die Menschen Angst vor dem Sterben; heute haben sie Angst vor dem Altern. Einige Jahre lang haben Bedrohungsszenarien und Untergangsprophezeiungen die Debatten über das Altern beherrscht: Der Kampf der Generationen wurde vorhergesagt und die Diktatur der Rentner; die Alzheimerisierung des Landes wurde angekündigt und der Pflegenotstand – eine Zukunft also, in der Hunderttausende von Alten in ihrem Dreck liegen und sich dem Tod entgegen windeln. Zukunft: das Wort bekam Druckgeschwüre. Und geredet wurde über den Umgang mit dem Alter wie über einen neuen Krieg. Dieser Krieg gegen das Massenaltern wurde mit Risperdal und Zopiclon geführt, mit Psychopharmaka und Neuroleptika; auf diese Weise sollte der Feind, das Alter, mit Festschnallgurten fixiert und niedergedrückt werden. Das ist Irrwitz. Die Gesellschaft muss ihren Frieden machen mit der Demenz, die eher Schicksal ist denn Krankheit, nämlich eine bestimmte Variante des Lebens im hohen Alter.

Nicht die Demenz ist neu, die hohe Zahl der dementen Menschen ist neu. Früher starben die meisten Menschen lange bevor sie der Demenz nahe kamen. Heute erleben ganz viele, was früher nur wenige erlebt haben – zum Beispiel der alte King Lear: „Ich fürchte fast, ich bin nicht recht bei Sinnen. Mich dünkt, ich kenn' Euch, kenn' auch diesen Mann. Doch zweifel' ich noch, denn ich begreif' es nicht, an welchem Ort ich bin. All mein Verstand entsinnt sich dieser Kleider nicht, noch weiß ich, wo ich die Nacht schlief. Lacht nicht über mich.“ William Shakespeare lässt das den King Lear sagen, im vierten Akt, siebente Szene. King Lear ist dement.

So viele Menschen sind heute King Lear. Die Beziehung zu ihnen kann ein bitteres und zugleich bereicherndes, ein königliches Erlebnis sein. Klaus

Dörner zitiert in seinem schönen Buch über das Altern die Erinnerungen von Eleonore von Rotenhan an ihre demente Mutter: „Als sie nicht mehr sprechen konnte, erreichte unsere Beziehung einen existenziellen Tiefgang wie zuletzt vielleicht in der Kindheit.“

Die Zuwendung, die die Politik neuerdings den Kindern intensiver als bisher zuteilwerden lässt, wird den hilflosen Alten noch zu oft verweigert. Es ist ja richtig, dass Kinder „die Zukunft“ sind, und dass die Investition in ihre Betreuung auch eine Investition in gesellschaftliche und ökonomische Leistungsfähigkeit darstellt. Es ist aber auch richtig, dass der mangelnde Respekt vor dem, was die Alten als Basis geschaffen haben, dass die Missachtung des Anspruchs der Alten, würdevoll ihre letzten Lebensjahre zu verbringen, die Solidarität der Gesellschaft bröckeln lässt. Es geht das Grundvertrauen verloren, gesellschaftliche Hilfe dann zu bekommen, wenn man ihrer bedarf. Dieses Grundvertrauen verschwindet auch bei denen, die ihren Lebtag lang selbst zum Gelingen des Ganzen beigetragen haben. Wenn sich Angst breit macht, Lebensangst – dann ist das kein guter Boden für eine gedeihliche Zukunft. Der Respekt vor den Alten und der Respekt vor den Kindern gehören zusammen. Er ist die Klammer, die das ganze Leben umspannt.

Gewaltfreie Erziehung von Kindern gilt mittlerweile als selbstverständlich. Sie ist auch im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Kindschaftsrecht, postuliert. Müsste nicht dementsprechend auch ausdrücklich an die gesetzliche Gewährleistung einer gewaltfreien Pflege gedacht werden?!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

seitdem immer mehr Menschen immer älter werden, wird das Alter zu einer verleugneten Lebensphase. Sie wird, schon vorbeugend, mit Anti-Aging-Programmen zugedeckt. Das wäre nicht so schlimm, wenn mit der Verleugnung dieser Lebensphase nicht auch die Verleugnung ihres Wertes

einher ginge. Alte Leute gelten oft, durch ihre bloße Existenz, als Infragestellung dessen, was heute für normal gehalten wird: Leistung, Fitness, Produktion und Produktivität. Es wird in unserer Gesellschaft viel von Integration geredet. Wichtig ist auch die Integration der Alten.

Es geht um die Wiederauferstehung des Alters als Wert. Es geht um die Würde des alten, des sehr alten und des kranken Menschen.

Um die Würde der sehr alten Menschen geht es bei der Betreuung; und die Paragraphen des Betreuungsrechts sind nicht Selbstzweck, sie sollen dafür ein Hilfsmittel sein – ein Hilfsmittel bei der Achtung der Würde der alten Menschen. Die Paragraphen sollen Betreuung nicht schwieriger, sondern leichter machen – auch wenn es in der Praxis oft ganz anders anmutet.

Was tun mit der Freiheit des Alters? Wie umgehen mit den Schwächen? Was tun mit den Erfahrungen eines langen Lebens? Wie kann, soll und muss die Pflege ausschauen? Wie lernt man, Abschied zu nehmen. Eine Kultur, welche die Lebenszeit so sehr verlängert hat, wird auch Antworten auf die Fragen finden müssen, die damit einher gehen.

Wir organisieren heute das Abwickeln des Lebens bei alten Menschen in großem Stil – in Pflege- und Altenheimen. Sie gehören leider, auch wenn es durchaus vorbildliche Heime gibt, zu den skandalträchtigen Orten dieses Landes. Warum gehen so wenige alte Menschen für bessere Pflege auf die Straße? Dieter Hildebrandt, der verstorbene große Kabarettist, hat, als er selbst schon deutlich über achtzig war, darauf die einfache und gar nicht komische Antwort gegeben: „Die einen können es nicht mehr, die anderen wollen nicht daran denken, dass sie am nächsten Tag selbst betroffen sein könnten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es war in der Zeit, in der die Zahnärzte noch Dentisten hießen und sich noch nicht jeder Deutsche die dritten Zähne leisten konnte: Wenn meine Tanten damals der Großmutter ihre neugeborenen Enkelkinder präsentierten, dachte die alte Frau anschließend über eine anthropo-biologische Frage nach: Wie es denn komme, so sinnierte sie, dass man gemeinhin die kleinen Kinder ohne Zähne als possierlich, die zahnlosen Alten aber als hässlich betrachte? Die Zahnlosigkeit der Alten akzeptierte sie unter Bezugnahme auf das Bibelwort „wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, könnt ihr nicht ins Himmelreich eingehen“ als eschatologische Notwendigkeit; und so war, theologisch höchst fragwürdig, aber für meine Großmutter sehr befriedigend, der körperliche Verfall erklärt und eingebettet in die Volksfrömmigkeit.

Großmutter ist, nach einem Leben in der Großfamilie, 1962 gestorben. Sie war 77 Jahre alt. Seitdem sind bekanntlich immer mehr Menschen immer älter geworden.

Das gilt der Gesellschaft offenbar als eine natürliche Schuld, die Sanktionen nach sich ziehen muss – welche in Alten- und Pflegeheimen vollzogen werden. Die Einbettung und Erklärung der bisweilen grausigen Zustände, die in viel zu vielen dieser Alten- und Pflegeheime herrschen, gelingt nur einem solchen Zynismus – einem Zynismus, der das Fesseln an Bett und Stuhl, Fixierung genannt, als Bestrafung der Alten dafür betrachtet, dass sie so lange leben; aus dieser zynischen Sicht wird das Windeln der alten Menschen, auch wenn sie noch selbst zur Toilette gehen könnten, zu einem Akt der Generalprävention, das Hungern- und das Dursten lassen wird zu einem Akt der Spezialprävention; und das Foto von der alten Frau, die nackt auf einem Toilettenstuhl sitzt, das Essen vor sich auf dem hochgeklappten Tischchen, wird zu einem Werbeplakat für die Sterbehilfe.

Die organisierte Entwürdigung der Alten ist gewiss nicht die Regel, aber leider auch nicht die Ausnahme. Die Berichte des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen über die Situation in der Pflege spiegeln den Umgang der Gesellschaft mit den ganz alten und den dementen Menschen – sie sind beschämend. Zwei von drei Altenpflegern würden es ablehnen, in dem Heim zu leben, in dem sie arbeiten. Vorbildliche Heime gibt es viel zu wenige, und die Suche nach ihnen gleicht einem Lottospiel. Es gibt keine offiziellen Kriterien für die Qualität von Heimen, es gibt keine gesetzliche Pflicht für die Träger, Qualitätsberichte und Bilanzen zu veröffentlichen.

Was wäre eigentlich los, wenn kleine Kinder per Nasensonde ernährt würden, weil das Füttern zu lang dauert? Was wäre, wenn kleine Kinder in der Krippe regelmäßig gefesselt würden? Was wäre los, wenn sich ein so gefesselttes Kind zu Tode strangulierte, weil das Betreuungspersonal die Gurte falsch angelegt hat? Der Hort würde umgehend geschlossen, das Personal angeklagt. Wenn hingegen Alte so malträtiert werden, herrscht nicht selten Nachsicht – weil, wie es gern heißt, dieses Leben ja kein Leben mehr gewesen sei. Auf diese Weise wird der Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen für unantastbar erklärt, insgeheim mit einem Zusatz versehen: „... es sei denn, er ist altersdement oder hat Parkinson“.

Noch leben zwei Drittel der Pflegebedürftigen zu Hause. Ohne die Familien, die sich kümmern, wäre die Pflegeversicherung bankrott. Wer die Pflege in der Familie nicht selber erlebt hat, hat wenig Ahnung davon, was dieses „Kümmern“ bedeutet; früher hat man „Aufopferung“ gesagt. Eine bezahlbare Haus-Betreuung durch Fachkräfte gibt es nicht – sie würde zehntausend Euro im Monat kosten: Für eine 24 Stunden-Rundum-Betreuung bräuchte man offiziell drei examinierte Pflegerinnen. Die Pflegeversicherung deckt nur einen Bruchteil der Kosten. Selbst Ärzte empfehlen daher die Schwarz- und die Grauarbeit – Pflegerinnen aus Rumänien oder Polen: Hunderttausend sollen es sein, wahrscheinlich sind es erheblich mehr.

Im Jahr 2050 werden in Deutschland vier Millionen Menschen pflegebedürftig sein. Wie soll dann funktionieren, was schon heute, bei knapp halb so hohen Zahlen, nicht besonders gut funktioniert? Wie werden die Altenheime ausschauen? Alte werden heute dort oft „in die Betten“ gepflegt, weil eine hohe Pflegestufe einem Heim mehr Geld einbringt. Das geltende Pflegestufen-System belohnt die Heime nicht für Prophylaxe und Therapie, sondern für Wundliegen-Geschwüre mit mehr Geld; und es bestraft die Verbesserung der Gesundheit mit Rückstufung.

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – so steht es in der Präambel der schweizerischen Verfassung von 1999. Das ist ein mutiger Satz, weil die Stärke eines Volkes, die Stärke eines Staates gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen sie am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben und, zum Beispiel, sehr viel mehr in gute Betreuung zu investieren. Es wäre stark, wenn die Arbeit von Betreuern und von Betreuungsvereinen nicht nur mit Peanuts belohnt würde.

Kaum jemand sagt „starker Staat“, wenn er von einem guten Umgang mit alten und psychisch kranken Menschen spricht. Kaum jemand redet von der „Stärke eines Volkes“, wenn es um eine angemessene Förderung von Menschen mit Behinderungen geht. Die Stärke eines Volkes – sie zeigt sich auch daran, wie man mit den Alten umgeht. Es wird in unserer Gesellschaft viel von Integration geredet. Wichtig ist auch die Integration der Alten. Auch hier geht es, um ein Wort zu verwenden, das derzeit viel im Gebrauch ist, um Inklusion.

Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen – das ist ein starker Satz, auch wenn es so ist, dass schon die Bezeichnung „Schwache“

infiziert von den Ausschließlichkeitskriterien der Leistungsgesellschaft ist. Ich bin der Meinung: Der starke Staat ist ein Staat, der für Chancengleichheit kämpft, der sich um das Wohl der sogenannten Schwachen kümmert – und dabei allmählich lernt, dass die Schwachen gar nicht so schwach sind, wie man oft meint. Von den alten Menschen kann man lernen, ich sagte es schon: dass Leistung nicht alles ist – und dass das Menschsein nicht am Lineal der Ökonomie zu messen ist.

Der Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftliche Risiken, für die der einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Der Sozialstaat ist Heimat. Beschimpfen kann ihn nur der, der keine Heimat braucht. Und den Abriss wird nur der verlangen, der in seiner eigenen Villa wohnt. Ob er sich dort noch sehr lange wohl fühlen würde, ist aber fraglich. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Schicksal, Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Und diejenige Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die ihre Mitglieder, wenn sie eine Phase der Schwäche erleben und erleiden, berät und stützt.

Der Sozialstaat muss Heimat sein auch für Menschen, die nicht oder nicht mehr leistungsfähig sind. Heimat ist er, wenn er Menschenwürde garantiert. Er muss ein würdiges Leben ermöglichen. Der Sozialstaat ist seiner Idee nach der große Ermöglicher. Im Lichte der Euro-, der Wirtschafts- und Finanzkrise muss man feststellen: Der Staat hat auch viel Falsches ermöglicht. Mit der gewaltigen Finanzkrise geht eine ebenso große Vertrauenskrise einher, sie betrifft die Glaubwürdigkeit des wirtschaftlichen Systems und die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staats. Ohne dieses Vertrauen bleiben Milliarden-Euro-Schutzschirme instabil; sie flattern, reißen alles mit oder gehen kaputt.

Wie sehr das Vertrauen geschädigt ist, kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab es wilden Beifall, wenn einer dann nur „500 Milliarden“ sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur ein paar Knöpfe Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen.“ Es sind, verglichen mit den Rettungspaketen, den Milliarden säcken und Billionenhebeln nur ein paar Knöpfe, die für Betreuung ausgegeben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf ihnen eine persönliche Geschichte, meine Lieblingsgeschichte erzählen.

Zu den merkwürdigsten Abschnitten meines Lebens gehört der, den ich als Angestellter in Alfred Wunsiedels Fabrik zubrachte ... Ich hatte mich der Arbeitsvermittlung anvertraut und wurde mit sieben anderen Leidensgenossen in Wunsiedels Fabrik geschickt, wo wir einer Eignungsprüfung unterzogen werden sollten. Ich wurde als erster in den Prüfungsraum geschickt, wo auf reizenden Tischen die Fragebögen bereitlagen. Erste Frage: „Halten Sie es für richtig, dass der Mensch nur zwei Arme, zwei Beine, Augen und Ohren hat?“ Hier erntete ich zum ersten Mal die Früchte meiner mir eigenen Nachdenklichkeit und ich schrieb ohne zu zögern hin: „Selbst vier Arme, Beine und Ohren würden meinem Tatendrang nicht genügen. Die Ausstattung des Menschen ist kümmerlich.“ Zweite Frage: „Wie viele Telefone können Sie gleichzeitig bedienen?“ Auch hier war die Antwort so leicht wie die Lösung einer Gleichung ersten Grades: „Wenn es nur sieben Telefone sind“, schrieb ich, „werde ich ungeduldig, erst bei neun fühle ich mich völlig ausgelastet.“ Dritte Frage: „Was machen Sie nach Feierabend?“ Meine Antwort: „Ich kenne das Wort Feierabend nicht mehr – in meinem fünfzehnten Lebensjahr strich ich es aus meinem Vokabular, denn am Anfang war die Tat!“ Ich bekam die Stelle.

Es handelt sich, meine Damen und Herren, nicht um eine Episode aus meinem Lebenslauf, sondern um eine Geschichte, die Heinrich Böll schon vor Jahrzehnten geschrieben hat. Es könnte sich um die Beschreibung einer Prüfung bei einer Sozial- und Arbeitsagentur im Jahr 2030 handeln. Verlangt wird der grenzenlos flexible, unbeschränkt belastbare Arbeitnehmer, unglaublich gesund, unglaublich robust und leistungsfähig. Die Frage lautet: Wollen wir eine solche Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der es überall zugeht wie in Wunsiedels Fabrik – in der unbegrenzte Leistungsfähigkeit zählt und nichts sonst, in nur der Marktwert zählt? Wollen wir ein solches Gesundheitswesen – in dem der Wert des Menschen daran gemessen wird, was sich an ihm und mit ihm verdienen lässt?

Bleiben wir beim Menschenbild der modernen Ökonomie: Der bloße homo faber ist Vergangenheit. Er war der Mensch der Moderne. In der Postmoderne reicht es nicht mehr wenn der homo faber, der Mensch einfach arbeitet. Es muss ein homo faber mobilis sein. Er soll in höchstem Maß flexibel, mobil und anpassungsfähig sein. Seit langem wird daher so getan, als sei ein Mensch, wenn er keine Arbeit hat und auch keine kriegt, schlichtweg nicht ausreichend flexibel, mobil und anpassungsfähig, nicht ausreichend modernitätstauglich. An der Arbeitslosigkeit ist also angeblich nicht zuletzt derjenige selbst schuld, der keine Arbeit hat. Viele Wirtschaftsinstitute und Politiker verlangen daher den neuen Menschen, den homo faber novus mobilis, den Menschen also, der über seine Grenzen und Behinderungen hinauswächst. Verlangt wird der perfekte Mensch. Das Gesundheitswesen, das Krankenhaus ist aus dieser Warte keine soziale, sondern eine mechanistische Einrichtung – ein Pendant zur Kfz-Werkstätte. Da werden Teile ausgewechselt, da wird lackiert und repariert; aber nur, solange es sich rentiert und rechnet.

Das Menschenbild des modernen Ökonomen ist also der homo faber novus mobilis. Die Realität kennt da freilich gewisse Grenzen: Im Gegensatz zu den Schnecken trägt der Mensch seine Behausung nicht mit sich herum. Und er hat, auch deshalb, weil er auch im Gegensatz zu den Schalenweichtieren kein

Zwitter ist, andere soziale Bedürfnisse, die sich unter anderem darin äußern, dass er einen Lebenspartner sucht, eine Familie gründet, im Sport- oder Gesangsverein aktiv ist, dass seine Kinder zur Schule gehen und Freunde haben. Das setzt der ganz großen unentwegten Mobilität, der unbegrenzten Einsetzbarkeit und Verfügbarkeit, gewisse Schranken. Der „Wunsiedel-Mensch“, man kann ihn auch den Agenda-2010-Menschen nennen, ist offenbar anders: Er ist ein Mensch ohne Kinder , ohne Familie, ohne soziale Beziehungen und natürlich ohne jegliche Behinderung; und natürlich ist er nicht alt.

In den vergangenen 30 Jahren konnte man eine eigenartige Beobachtung machen: Je mehr der Sozialstaat diskreditiert wurde, umso kälter wurde auch der Ton in den Betrieben – „das Soziale“ insgesamt verlor seinen Stellenwert. Das gilt in Krankenhäusern genauso wie in Zeitungsredaktionen oder Autokonzernen. In den vergangenen 30 Jahren tat man so, als sei für „das Soziale“ nur noch eine bestimmte Kaste von Samaritern (Kirche, Sozialarbeiter, die Caritas und die Lebenshilfe) zuständig. Ansonsten habe das Soziale nichts mehr zu melden, stattdessen hätten nur und ausschließlich die Gesetze des Marktes zu gelten. Es war leider so: Verantwortliche Sozialpolitik wurde zunehmend abgelöst vom Pater-Noster-Prinzip: Sie kennen diese schönen alten Aufzüge ... Da ist es so: Der gesunde, gewandte und leistungsfähige Mensch kann aus den offenen Fahrkörben jederzeit ein- und aussteigen. Der kranke Mensch und der Mensch mit Behinderung kann ihn nicht benutzen. Er bleibt draußen, er wird nicht befördert.

Das war, das ist eine falsche Politik. Der starke Staat ist der Staat, der den Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und den Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ nicht für ein bloßes Sprüchlein nimmt.

In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? In einer Gesellschaft, in der nur der Marktwert zählt? Wollen wir ein Sozial- und Gesundheitswesen, in dem der Wert des Menschen daran gemessen wird, was sich an ihm und mit ihm noch verdienen lässt? Wie soll, wie muss diese Gesellschaft mit den alten Menschen umgehen? Bei Aldous Huxley, in seiner Schönen Neuen Welt, wird beschrieben, wie altgewordene Menschen in Kliniken versorgt werden. Sie werden ‚abgeschaltet‘ wie alte, verrostete Maschinen. Kinder werden regelmäßig in diese Versorgungskliniken geführt und dort mit Schokolade gefüttert, damit sie sich an den Vorgang des Abschaltens gewöhnen und für sich akzeptieren lernen, dass das Leben technisch produziert und technisch beendet wird.

Haben wir diesen Weg schon eingeschlagen? Entspricht das der Reproduktionsmedizin und der pränatalen Diagnostik, die am Beginn des Lebens sortiert, kontrolliert und versorgt, die Mechanisierung des Todes am Ende des Lebens, die ebenfalls sortiert, kontrolliert und gegebenenfalls auch versorgt? Schlägt so die allgegenwärtige Marktökonomie in das menschliche Leben zurück, indem sie es zunehmend als Produkt betrachtet, das der Kontrolle, der Überprüfung, der Herstellung und der Entsorgung bedarf?

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Das ist ein modisches Wort. Aber es bezeichnet genau das, was notwendig ist. Zu viel Markt macht krank: Das sind die Nebenwirkungen der Ökonomisierung der Lebenswelt und des Gesundheitssystems.

Lassen Sie mich von einer ganz persönlichen Krankenhauserfahrung erzählen. Als vor Jahren mein Vater im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Regensburg im Sterben lag, ging ich dort jeden Tag an dem Porträt eines lächelnden Mönches vorbei. Es zeigte den Frater Eustachius Kugler. Ab und zu blieb ich ein wenig sinnierend vor dem Bildnis dieses Mannes stehen, über den in den Gottesdiensten meiner Kindheit oft gepredigt worden war. Dieser Frater Eustachius, so der Ordensname, wurde 1867, also in dem Jahr, in dem Karl

Marx den ersten Band seines Werkes „Das Kapital“ herausgab, als Sepperl, als sechstes Kind der Kleinlandwirts-Eheleute Kugler in meinem Heimatort geboren. Er war von 1925 bis zu seinem Tod im Jahr 1946 Provinzial der Barmherzigen Brüder in Bayern und hat in Regensburg die beiden großen Krankenhäuser seines Ordens gebaut.

Und weil in den sechziger Jahren, als ich ein Ministrant war, im Vatikan der Prozess zur Seligsprechung dieses Fraters Eustachius Kegler eingeleitet worden war, habe ich damals in meiner katholischen Pfarrei viel von ihm gehört. In Erinnerung geblieben ist mir vor allem eines: Dass Eustachius in seinen Krankenhäusern die „klassenlose“ Krankenpflege angeordnet hat. Dem Oberkrankenpfleger gab er als Provinzial die Weisung: „Tut mir vor allem die armen, die bedürftigen Schwerkranken pflegen, um die sich sonst niemand recht kümmert. Wenn ein Bischof oder sonst ein hoher Würdenträger als Patient kommt, dann braucht man nicht so zu laufen, weil genug andere da sind, die sie schon in jeder Hinsicht betreuen!“ Das hat mir schon damals, als Ministrant in Nittenau in der Oberpfalz, recht imponiert – und der Satz gefällt mir heute immer noch.

Welche Anweisung der Ordensmann wohl heute geben würde? Würde er seine Ärzte auffordern, nicht auf das Alter der Patienten als Behandlungsmaßgabe zu starren? Würde er sie ermahnen, die Hochbetagten nicht als Menschen dritter Klasse zu betrachten? Würde er sein Krankenhaus-Management davor warnen, die Gewinnerzielung zur allein handlungsleitenden Kategorie zu machen? Womöglich hielte er seinem Verwaltungschef eine Predigt darüber, was das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter heute besagt. Womöglich würde er in einem Rundschreiben vor dem „Verlust des Mitgefühls“ warnen und vor einer Entwicklung, in der das Geld nicht mehr ein Mittel zum Zweck der Versorgung von Kranken ist, sondern die Versorgung von Kranken ein Mittel ist zum Zweck der Gewinnerzielung.

Und womöglich würde dann der Verwaltungschef dem Frater Eustachius Folgendes antworten: „Lieber Provinzial, das haben Sie zwar schön gesagt, aber mit Mitgefühl allein schreiben wir hier im Krankenhaus rote Zahlen, und

die Wahrheit ist leider die, die Bert Brecht in der Dreigroschenoper so formuliert hat: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral““. Und dann würde der Ordens- und Gottesmann Eustachius wohl furchtbar zornig werden und sagen, dann könne er ja statt eines Kreuzes künftig ein Bild von König Midas in die Krankenzimmer hängen.

Der alte König Midas ist in der Tat ein Repräsentant unserer Zeit. Er ist sozusagen der Schutzpatron der Ökonomisierung und der Rationalisierung. Betriebswirtschaftliche Rationalität ist an die Stelle der Ratio, der Vernunft der Aufklärung, getreten. Man nennt das Rationalisierung. Sie ist die Rückbeförderung des arbeitenden Menschen in die Unmündigkeit. Zu diesem Zweck bedienen sich viele Unternehmen sogenannter Unternehmensberatungen, die das, was auch jeder Pförtner weiß, in die Sprache der Banken übersetzt: dass man sich das Geld für hundert Leute spart, wenn man hundert Leute freisetzt. Eine solche Entlassung gilt als unternehmerische Leistung. Die eingesparten Kosten fallen in letzter Instanz auf das Gemeinwesen, auf den Steuerzahler. So ökonomisiert und rationalisiert werden ja heute nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sondern auch Universitäten, Kinderläden, Schwimmbäder, Bibliotheken – und Krankenhäuser, auch psychiatrische Kliniken, auch Alten- und Pflegeheime. Die Ökonomisierung ergreift auch das ärztliche Handeln und Denken. Und Ökonomisierung meint dabei nicht einfach Wirtschaftlichkeit, sondern (um es im Soziologendeutsch zu sagen) „die Tendenz zur Überformung der Daseinsorientierung durch ökonomische Kalküle, Ziele und Zwänge“ (Arne Manzeschke).

Midas, der König von Phrygien, wollte bekanntlich alles zu Gold machen, und wäre daran fast zugrunde gegangen: Er hatte sich, so geht die Sage, von Dionysos gewünscht, dass alles, was er berühre, zu Gold werde. Als Midas auf dem Heimweg einen Zweig streifte, einen Stein in die Hand nahm, Ähren pflückte, wurden Zweig, Stein und Ähren zu reinem Gold. Das gleiche geschah mit dem Brot, wenn er sich an den gedeckten Tisch setzte. Auch die Getränke und das mit Wein vermischte Wasser, das er sich in den Hals goss, wurde zu Gold. Midas lief Gefahr, vor Hunger und Durst zu sterben, so dass er schließlich Dionysos bat, ihn von dieser verhängnisvollen Gabe zu befreien.

Der Gott befreite Midas durch ein Bad in einer Quelle, die seither Goldsand führt.

Ein solches befreiendes Bad ist auch für unser Gemeinwesen bitter notwendig. „Pflege und Krankheit sind nicht börsen- und renditefähig“, sagt der Münchner Pflegekritiker Claus Füssek. Die Praxis lehrt aber anderes. Auch die deutsche Krankenhauslandschaft ist im Umbruch. Ländern und Kommunen fehlt so oft das Geld für Investitionen. Viele kommunale Kliniken kommen aus den roten Zahlen nicht mehr heraus. Es sind die privaten Klinikketten wie Asklepios, Rhön-Klinikum, Sana, Helios oder Ameos-Holding Zürich, die kaufen und investieren und so dem Staat vormachen, wie man defizitäre Krankenhäuser in florierende Unternehmen verwandelt. Länder und Kommunen sehen oftmals angesichts ihrer leeren Kassen in der Privatisierung ihre letzte Rettung, manche Kliniken sind zu Dumpingpreisen verkauft worden. Die Fragen liegen auf der Hand: Wird das Behandlungsspektrum eingeschränkt, nicht insgesamt, aber für langwierige, teure Krankheiten? Sind die Notarzdienste rund um die Uhr in Gefahr? Die Aktionäre wollen ja Geld sehen. Wo bleibt die gute Daseinsvorsorge, zu der der Staat verpflichtet ist, wenn sie dem Bedarf, wenn sie Angebot und Nachfrage angepasst wird? Wo bleiben Arme, Alte und chronisch Kranke?

Es geht, nehmen wir ruhig das modische Wort, es geht um Inklusion. Was ist Inklusion? Es ist schlicht das Gegenteil von Exklusion. Heute sind die ganz alten und die dementen Menschen sehr oft exkludiert, sie sind ausgeschlossen, sie sind nicht mehr wirklich Teil der Gesellschaft. Sie leben in einer eigenen, oft ziemlich unwirklichen Welt – genannt Alters- und Pflegeheime.

Inklusion heißt nicht einfach nur Abbau von Barrieren. Inklusion heißt Zugänglichkeit; und Zugänglichkeit meint nicht nur die Zugänglichkeit zu Gebäuden und Verkehrsmitteln; es geht nicht nur um bautechnische Fragen, Inklusion ist kein bautechnisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Prinzip. Inklusion meint die Zugänglichkeit der Gesellschaft insgesamt, sie meint

Teilhabe an Arbeit und Leben, am Arbeitsleben, am Freizeitleben, am Gesellschaftsleben. Inklusion heißt nicht nur da sein und geduldet sein, es ist mehr; Inklusion heißt Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Inklusion – das ist ein gewaltiger Anspruch, das ist ein großes, ein hochgestecktes Ziel, von dessen Realisierung wir noch weit entfernt sind. Inklusion ist eine Realvision – gerade dann, wenn es um die alten und dementen Menschen geht.

Wertschätzung und Respekt: Das bedeutet nicht nur, einem Blinden im Supermarkt zu zeigen, wo der Joghurt steht, psychisch Kranken unermüdlich Zuspruch zu geben und einem Rollstuhlfahrer über eine der wenigen Stolperschwellen zu helfen, die noch verblieben sind. Bautechnisch tut sich ja viel. Aber noch viel notwendiger ist eine neue Kultur des Helfens, ein Sinneswandel. Nicht die Behinderten, nicht die Alten müssen sich bewegen, sondern die Gesellschaft muss es tun. Soziale Anerkennung sollen sich Menschen nicht durch Konkurrenzfähigkeit und Leistung verdienen müssen. Auch wer nicht mehr viel auf die Reihe bekommt, weil er pflegebedürftig ist, darf nicht an den Rand gedrängt, senile Senioren dürfen nicht stillschweigend in medizinisch-pflegerische Ghettos abgeschoben werden.

Die große Auseinandersetzung darüber, wie mit helfensbedürftigen Menschen umzugehen ist, steht der Gesellschaft noch bevor. Die Behindertenrechtskonvention stellt ausdrücklich auch Menschen mit Demenz unter ihren Schutz. Die Zukunftsprognose der Alzheimergesellschaft ist einprägsam: Gegenwärtig leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Demenzkranke. Jahr für Jahr treten mehr als 300 000 Neuerkrankungen auf. Sofern kein Durchbruch in der medizinischen Therapie gelingt, werden im Jahr 2050 etwa drei Millionen Menschen mit Demenz in Deutschland leben.

Gedächtnisverlust und Hilfsbedürftigkeit dürfen nicht als Symptome einer Störung gesehen werden; es sind Zustände an den Rändern des Lebens; sie gehören zum Menschsein dazu. Die Nichtbehinderten können sich viel anschauen: zum Beispiel, wie das geht mit der Entschleunigung; wie es sich

anfühlt, wenn man nicht mehr alles auf einmal schafft. Wenn das Leben langsamer wird, kann es reicher werden. Hilfebedürftigkeit ist dann keine Störung, die behoben werden muss, sondern gehört zum Mensch-Sein.

Ein ernsthafter, menschenwürdiger Umgang mit den sehr alten, sehr dementen, sehr hilfebedürftigen Menschen wird nicht nur den Alten gut tun, sondern auch den Kindern. Es wird die Kindheit der Kinder verändern, wenn sie in einer Gesellschaft aufwachsen, die ein anderes Bild vom Menschen entwickelt: Das Menschsein wird dann nicht am Lineal von Ökonomie und Leistungsfähigkeit gemessen. Hilfebedürftigkeit ist dann keine Störung, die behoben werden muss, sondern gehört zum Mensch-Sein.

Das ist meine Vision. Das ist meine Vorstellung von der Zukunft des Sozialstaats. Und ich meine, dass die ehrenamtlichen Betreuer in dieser Vorstellung eine ganz wichtige Rolle spielen. Es geht um die gute Zukunft unserer Gesellschaft.

Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter der Redaktion Innenpolitik